



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland **Übergabe in Verantwortung** Entwicklungsoffensive für Afghanistan

Am Ende dieser Woche findet die internationale Afghanistan-Konferenz in London statt. Diese Konferenz wurde auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen. Ziel ist es, das internationale Engagement am Hindukusch neu zu justieren. Wir erwarten wichtige Weichenstellungen für unser strategisches Ziel „*Übergabe in Verantwortung*“. Dafür müssen die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal erhöht und mit der afghanischen Regierung die Ziele für die kommenden Monate neu vereinbart werden.

Wir können unser strategisches Ziel aber nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Sicherheit muss zunehmend ein afghanisches Gesicht bekommen. Dazu gehört auch ein neuer Ansatz, bei dem die Ausbildung mit dem Schutz der Bevölkerung verbunden ist. Deutsche Soldaten sollen dabei zukünftig häufiger als bisher die afghanischen Patrouillen begleiten. Ziviler Wiederaufbau und die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte bilden also weiterhin die Schwerpunkte des deutschen Engagements. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal noch einmal zu erhöhen.

Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Mio. Euro steigen. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen. Ergänzt werden soll die Ausbildung für die afghanischen Streitkräfte mit mehr Ausbildung für die afghanische Polizei. Dazu soll die Zahl der Polizeiausbilder von 123 auf 200 steigen. So können pro Jahr 5.000 afghanischen Polizisten ausgebildet werden und künftig zur Sicherheit ihres Landes beitragen.

Wenn aber zusätzliches deutsches Personal für die Ausbildung bereit stehen soll, ist es selbstverständlich, dass auch mehr geleistet werden muss, um sie wirksam zu schützen. Dies sind wir unseren Soldaten und den vielen zivilen Helfern vor Ort schuldig. Aus diesem Grund werden wir in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anheben.

Die Bundeskanzlerin wird die Londoner Konferenz nutzen, um diese Position Deutschlands darzulegen und zu erläutern, wie wir unseren Beitrag in Afghanistan anpassen werden.

Dazu wurden in dieser Woche auch bereits Gespräche mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai geführt, der in Berlin zu Gast war. Neben seinem Treffen mit der Bundesregierung hat Präsident Karzai auch den Auswärtigen Ausschuss besucht. Dort hatten unsere Außenpolitiker die Gelegenheit mit ihm zu beraten, wie Fortschritte bei der Sicherheitslage und der Regierungsführung zu erreichen sind. Außerdem wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden muss. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab. Wir wollen daher mit dem Präsidenten konkrete Ziele vereinbaren und diese in überprüfbaren Teilzielen darstellen.

Um unsere Strategie „*Übergabe in Verantwortung*“ erfolgreich umsetzen zu können, ist es zudem notwendig, dass auch in der politischen Diskussion hier in Deutschland die richtigen Signale gesendet werden. Unser Einsatz darf nicht durch populistische Forderungen gefährdet werden. So ist es zwar richtig, den Beginn der Übergabe von Verantwortung anzukündigen. Auf diese Weise entsteht auch für die afghanische Seite Planbarkeit und ein gewisser Druck, zügig die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Aber auch dort, wo Afghanen die Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen, wird noch für einige Zeit Unterstützung und Nachsorge durch die internationale Staatengemeinschaft notwendig bleiben.

In den kommenden Monaten werden wir unser Engagement in Afghanistan noch einmal verstärken. Wir tun dies mit dem klaren Ziel, die „*Übergabe in Verantwortung*“ einzuleiten. Wer diese Perspektive glaubhaft unterstützt, ist aufgerufen, sich mit konkreten Vorschlägen an der Diskussion zu beteiligen. Aus populistischen Gründen allein über einen Abzug zu reden und sich einer Anpassung der Mandatsobergrenze zu verschließen, ist in dieser Situation unverantwortlich.

Die Woche im Parlament

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Redner der Gedenkveranstaltung waren Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, der israelische Präsident Shimon Peres und Prof. Dr. Felix Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau.

Die Bundeskanzlerin hat in dieser Woche eine Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 in London abgegeben.

Über die aktuelle Wirtschaftslage unterrichtete die Bundesregierung mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2010. Im Jahr 2009 ging erstmals in der Nachkriegszeit die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Die Erholung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen. Allerdings nicht in dem am Anfang der Krise befürchteten Ausmaß. Das Jahr 2010 beginnt mit einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird aber zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte führen, das Ursprungsniveau wird in diesem Jahr aber nicht erreicht.

Die Bundesregierung stellt das Jahresgutachten 2009/2010 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Für das Jahr 2010 prognostiziert der Sachverständigenrat eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich dennoch konjunkturell nach wie vor in einem tiefen Tal. Die leicht positiven Signale für das Jahr 2010 geben keinen Anlass zu euphorischen Einschätzungen. Im Finanzsektor ist es erforderlich, den Ausstieg aus den krisenbedingten Stützungsmaßnahmen durch weitreichende Reformen zu flankieren. In Europa bedarf es über die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinaus eines glaubwürdigen Konsolidierungspakts zur Sanierung der Staatsfinanzen.

In 1. Lesung haben wir das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Regelungen beraten, mit dem insbesondere aktuelle Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden. So wird der räumliche Geltungsbereich bei der Zulagenberechtigung der Riester-Förderung ausgeweitet und die steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen verbessert. Die Umsatzbesteuerung wird an die Liberalisierung des Postmarktes angepasst, um mehr Wettbewerb der Postdienstleister zuzulassen. Die Grundversorgung der Bürger mit Postdienstleistungen bleibt dabei weiterhin umsatzsteuerfrei.

Mit dem in 1. Lesung beratenen Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten nicht steuerrechtlichen Sofortmaßnahmen umgesetzt. Im Bereich der Sozialversicherungssysteme wird ein „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ gespannt. Damit sollen die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. Euro aufgestockt. Daran werden die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von rd. 23 Mio. Euro beteiligt. Zudem wird das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verdreifacht, indem die

Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

Daten und Fakten

Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht: Innerhalb von 5 Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland. Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko. Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen. **(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)**

Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen: Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen sind, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Mio. – 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen. Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Mio. die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld. Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860.000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Weitere 128.000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Mio. Euro. 46.000 Empfänger erhielten von der Kriegsopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Mio. Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent. **(Quelle: Statistisches Bundesamt)**

40 Jahre Landesgruppe

In dieser Woche feierte die Landesgruppe ihr 40-jähriges Bestehen. Über 120 Gäste nahmen an dem Festakt teil – darunter u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Christian Wulf, Partei- und Fraktionsvorsitzender David McAllister, Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, Kanzleramtschef Ronald Pofalla sowie CDU-„General“ Hermann Gröhe. Natürlich waren auch viele ehemalige Landesgruppenmitglieder, wie Rita Süßmuth oder Rudolf Seiters der Einladung ihrer „aktiven“ Kollegen gefolgt. Alle Redner, an der Spitze Rudolf Seiters als Festredner, würdigten die Leistung der Landesgruppe in den zurückliegenden vier Jahrzehnten und strichen ihre große Bedeutung für eine erfolgreiche Arbeit der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag heraus. Kompetenz, Gradlinigkeit, Standfestigkeit und Loyalität – das hat uns immer ausgezeichnet und das wird auch in Zukunft unser Markenzeichen sein.



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de